



Wenn wir in die Zukunft schauen, vergessen wir die Vergangenheit nicht.

Polnische Treuhand



Weg, der nirgendwohin führt ...

Ein Interview mit Frau Dorota Arciszewska – Mielewczyk, der Vorsitzenden der Polnischen Treuhand und Senatorin der regierenden nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS).

- **Warum hat man auf der Internetseite der Polnischen Treuhand ein Plakat aus dem Zweiten Weltkrieg veröffentlicht? Es stellt doch eine heftige deutsch-polnische Konfrontation dar. Sagen Sie bitte, welches Ziel damit erreicht werden will? Man greift doch so tief in die Vergangenheit ein und überträgt diese negativen Emotionen auf heute und morgen.**

soll unsere tiefe Besorgnis darüber ausdrücken, dass der Krieg noch immer im Bewusstsein der Menschen lebt und von manchen deutschen Politikern als Mittel zur Realisierung ihrer augenblicklichen Ziele ausgenutzt wird. Aber merken Sie sich bitte, dass die Beweiskraft des Plakats einen sichtbar defensiven Charakter hat. **Der dargestellte Soldat verteidigt, er greift nicht an!!!!** Das sind die Deutschen, die sich an unserem Vermögen vergreifen

- Wir waren uns dessen bewusst und haben uns absichtlich auf die Geschichte bezogen, um die Erregung und Interesse der Medien zu wecken.

Dieses Plakat

wollen, damals, während des Krieges haben sie uns militärisch überfallen und heutzutage wollen sie Rechtskniffe nutzen, um das wiederzugewinnen, was ihnen früher gehörte. Die Polen erheben keine Ansprüche auf den polnischen Boden in ehemaligen östlichen Teilen der II Republik Polen und dies ist keine strittige Angelegenheit zwischen unseren Nachbarn. Wir sollten uns hier eine Frage stellen, nämlich woher die große Habsüchtigkeit mancher Deutschen kommt? Es tut uns Leid, dass wir noch 60 Jahre nach dem Krieg in die Vergangenheit schauen müssen. Jeder hat aber sein Recht sich zu verteidigen und auch dieses erwähnte Poster ist ein Teil der Schutzmaßnahmen.

- **Wieso steht aber auf dem Bild das Datum 1939-2005?**

Das Enddatum auf dem Bild wird so lange aktualisiert, bis das Problem auf institutionelle Weise gelöst wird. Ich appelliere erneuert an den deutschen Staat, nehmt doch die Verpflichtungen der einzelnen deutschen Bürger auf sich! Wenn die Deutschen aber glauben, dass es eigentlich nichts gibt, was man auf die Schultern nehmen müsste, denn es gibt kein Problem, dann bitte ich, nehmt doch dieses scheinbare Problem auf sich, es wiegt doch nichts! Gebt doch eine bindende und rechtliche Erklärung ab! Möge dies endlich eine innendeutsche Angelegenheit sein! Dann werden wir die Mission der Polnischen Treuhand beenden können. Ich möchte noch einmal wiederholen, dass der Hauswirt ein Recht hat, einen unmittelbaren und widerrechtlichen Angriff auf sein Haus abzuwehren. Dieses Recht möchten auch wir ausnutzen.

- Glauben Sie nicht, dass solche Aktionen die deutsch-polnischen Beziehungen verschlechtern können?

- Ich fürchte, ich bin nicht der richtige Empfänger dieser Frage. Ich würde Ihnen aber gerne ein paar Namen nennen, wo Sie danach fragen könnten, d.h.: Edmund Stoiber, Erwin Marschewski, Erika Steinbach, Rudi Pawelka. Das sind diejenigen, die den deutsch-polnischen Beziehungen sehr geschadet haben und ich glaube, sie sind die „Experten“ auf diesem Gebiet und können Ihre Frage beantworten. Ich möchte aber noch einmal betonen und würde die Deutschen bitten – lasst doch endlich die Geschichte in Ruhe und nutzt sie nicht zu augenblicklichen, politischen Zielen! Europa braucht Einigkeit, die wir auf

Wahrheit und nicht auf Lüge bauen müssen. Europa braucht einen scharfsinnigen Blick in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit. Europa braucht endlich die Versöhnung und nicht die Abrechnungen.

- Der CDU-Abgeordnete Jochen Konrad Fromme hat die polnische Regierung und das Parlament aufgerufen, die Propaganda-Kampagne der Polnischen Treuhand aufzuhalten, die mit Hilfe der Poster aus dem Zweiten Weltkrieg geführt wird. „Es stellt eine schwere Belastung im deutsch-polnischen Verhältnis dar, wenn mit derart archaischen Methoden, wie sie von der „Polnischen Treuhand“ verwandt werden, antideutsche Hetze betrieben wird. Kampfgeschrei und die Verwendung von Symbolen aus dem Dritten Reich passen nicht in das gemeinsame Europa des 21. Jahrhunderts.“, so der CDU-Abgeordnete.

- In Polen gibt es weder eine bedeutende politische Kraft noch eine staatliche Institution, die damit nicht beunruhigt würde, was jenseits unserer westlichen Grenze passiert. Und es geht hier nicht nur um Entschädigungen, sondern auch um den gefährlichen Prozess, der in den Köpfen der Deutschen vorkommt und den ich als „Aufruhr des Gedächtnisses“ benennen würde. Kurz vor den Feierlichkeiten anlässlich des Endes des Zweiten Weltkriegs in Moskau ist in der deutschen Presse eine These erschienen, dass die

Deutschlands und Russlands zwei Nationen vertreten werden, die während des Krieges am meisten gelitten haben. Solche Feststellungen versetzen uns in größtes Erstaunen. Herrn Fromme hätte ich auch was zu sagen, nämlich, dass der Schrei mancher deutschen Politiker und die von ihnen verwendete Sprache - voll von Hass und Verachtung der Vergangenheit - passen nicht zum gemeinsamen Europa des 21. Jahrhunderts. Die deutschen Nationalisten müssen endlich begreifen, dass dieser Weg nirgendwohin führt.

- Wollen Sie die polnische Erika Steinbach werden?

- Auf keinen Fall. Ich sage es ehrlich, von solchen Vergleichen fühle ich mich zutiefst verletzt. Für mich ist Frau Erika Steinbach eine deutsche Nationalistin. Sie verkörpert das Antimodell eines europäischen Politikers.

- Sie haben eine Idee vorgeschlagen, dass in Berlin ein Zentrum des polnischen Martyriums entstehen sollte. Welche Aufgaben sollte es erfüllen?

- Darüber haben wir mit unserem Bevollmächtigten in Deutschland Herrn Rechtsanwalt Stefan Hambura gesprochen, der solche Erklärung veröffentlicht hat. Wir wissen, dass diese Idee die Unterstützung von dem Vorsitzenden Herrn Kotlinkowski hat. Er hat versprochen, sich für diesen Gedanken zu sorgen und wir werden ihn auch unterstützen.

Danke für das Gespräch.



Polnische Treuhand

Ein Abschnitt aus der Abteilung der Planung und Analyse der Polnischen Treuhand

(...) Man sollte sich heutzutage eine Frage stellen, wie sich die Politik in Deutschland gestalten wird, nachdem die Politikerin der CDU Bundeskanzlerin geworden ist? Es ist interessant, sich den Aussagen von Frau Merkel anzusehen, bevor sie zur Bundeskanzlerin gewählt wurde.

- Auf dem Kongress der CDU in Düsseldorf hat Angela Merkel in ihrer Rede eindeutig die Idee der Errichtung des Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin unterstützt. Sie hat auch gesagt, dass ihre Partei sich darum bemühen wird, den 5. August als Tag, an dem die Charta der deutschen Heimatvertriebenen in Stuttgart im Jahre 1950 verabschiedet wurde, zum nationalen Gedenktag zu erklären. Die Kandidatin auf das Amt des Bundeskanzlers hat damals gesagt: „Ich finde die kurzsichtige Verhaltung der Bundesregierung strafbar, die absichtlich die Heimatvertriebenen aus dem Fonds der Kulturunterstützung ausschließt. Und deshalb werden wir uns darum bemühen, dass das kulturhistorische Erbe der Heimatvertriebenen zu einem Teil unseres ganzen Erbes würde“.
- Frau Bundeskanzlerin hat noch vor den Wahlen die Idee der Errichtung des Zentrums gegen Vertreibungen unterstützt. Wollen wir uns daran erinnern, dass die CDU/CSU Parteien und die SPD sich in einem Koalitionsvertrag zu einer Bearbeitung der sozialen und historischen

Problematik der Zwangsmigrationen, Flüchte und Vertreibungen verpflichtet haben. Zu diesem Zweck soll in Berlin ein sichtbares Zeichen entstehen, um in Verbindung mit dem Europäischen Netz Gedenken und Solidarität das Unrecht der Vertreibungen zu gedenken und sie für immer zu verurteilen.



Was soll dieses „sichtbare Zeichen“ werden, wissen wir nicht, denn diese Idee hat sich noch nicht kristallisiert. Wir wissen eines jedoch ganz bestimmt, dass Frau Steinbach auf ihre Idee nicht verzichtet hat und versucht sie weiterzuführen. Diese Signale lassen uns feststellen, dass die nationalistischen Kreise in Deutschland sich in einer günstigen Situation befinden. Fassen wir also alles zusammen:

1. Angela Merkel kündigt finanzielle Hilfe für Verbände der Flüchtlinge an;
2. Erika Steinbach hat auf das Errichten von Zentrum gegen Vertreibungen nicht verzichtet;

3. In Berlin soll es eine Stelle geben, wo ein „sichtbares Zeichen“ deutscher Flüchte Platz nehmen wird;
4. Die deutschen Flüchtlinge versuchen, ihr Vermögen gesetzlich zurück zu gewinnen;
5. Die Deutschen wollen immer noch keine Verpflichtungen für die verlorenen Vermögen auf sich nehmen.

Im Lichte der o.g. Tatsachen müsste man feststellen, wenn jemand heute sagt, dass die deutsch-polnischen Verhältnisse so gut sind, wie nie zuvor, dann entweder sieht er die Fakten nicht, oder betreibt scheinbare Politik, die im Laufe der Zeit zur Eskalierung des Konfliktes Polens und Tschechiens mit Deutschland führen wird.

In diesem Kontext schlagen wir vor:

1. Ständiges Beobachten der Situation jenseits unserer westlichen Grenze und der Aussagen der deutschen Nationalisten. Eine schnelle und entsprechende Reaktion auf diese Aussagen
2. Die Beschleunigung der Arbeiten an der Entstehung des Zentrums der Vertriebenen Polen.
3. Die Suche nach politischen Kräften in Deutschland, die auch die Gefahr in der deutschen nationalistischen Option sehen und Zusammenarbeit mit ihnen, um die Nationalisten zu stoppen.
4. Der Rechtsanwalt Herr Hambura soll erforschen, ob es die Möglichkeit gäbe, in Berlin ein Zentrum des polnischen Martyriums zu gründen. Es soll ein Bildungszentrum werden.

Gdynia, den 15.12.2005

Polnische Treuhand

Politiker und Massenmedien in Deutschland

Betreff: Errichtung des Zentrums des polnischen Martyriums in Berlin- Initiative der Polnischen Treuhand

In letzter Zeit versucht man in Deutschland, die Geschichte neu zu schreiben und die Grenzen zwischen dem Opfer und Henker zu verwischen. Immer öfter lassen sich in Deutschland Stimmen hören, dass Polen nicht immer nur Opfer waren. An dieser Stelle sollte man erinnern, dass vor den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Moskau in der deutschen Presse geschrieben wurde, dass die deutsche und russische Nationen im Krieg am meisten beschädigt waren. Die umgeänderte Geschichte verletzt die polnische Nation und wirft einen Schatten auf die deutsch-polnischen Verhältnisse. Vor allem aber tun solche Aussagen den Opfern der deutschen Aggression unrecht. Man könnte annehmen, dass solche Aussagen und Verhalten in der deutschen öffentlichen Meinung überhaupt nicht vorkommen sollten, aber es ist leider anders.

Unter vielen Gründen solches Verhaltens sehen wir einen Bildungsmangel im Bereich der Schäden und des

Unrechts, die die Deutschen der polnischen Nation während des Zweiten Weltkriegs angetan haben.

- Die Deutschen wissen viel zu wenig von der Tragödie, die sie selber hervorgerufen haben.
- Die Deutschen wissen viel zu wenig von den Konzentrationslagern, von Massenvertreibungen polnischer Bürger, von Millionen Opfern ihrer Aggression.
- Die Deutschen wissen zu wenig, um das Problem, der aus Polen vertriebenen Deutschen, die in Wirklichkeit geflüchtet sind, kompetent und gründlich zu behandeln.

- Die Polnische Treuhand unterstützt also all die Initiativen, deren Ziel Aufklärung der deutschen Bürger im Bereich der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und vor allem über die Verbrechen, die die

Deutschen begangen haben, wäre. Deshalb haben wir durch die Vermittlung von unserem Bevollmächtigten in Deutschland Herrn Hambura vorgeschlagen, ein Zentrum des polnischen Martyriums zu gründen. Es wird eine Gedenkstätte nicht nur für all die Nazi-Opfer sein, sondern sie ermöglicht auch den deutschen Jugendlichen, die Geschichte aus der richtigen Perspektive kennen zu lernen.

Wie rufen deutsche Politiker und Massenmedien zur Verbreitung und Unterstützung der Idee des Zentrums des polnischen Martyriums in Berlin auf, denn die Errichtung dieser Gedenkstätte liegt nicht nur im Interesse der Polen, sondern auch, oder vor allem der Deutschen selber. Die Medien können mit einer entsprechenden Informationspolitik dazu beitragen, einerseits die Idee in die Tat umzusetzen, und andererseits die Naziwellen zu stoppen.

Vorsitzende der Polnischen Treuhand
Dorota Arciszewska- Mielewczyk

Pressevertreter der Polnischen Treuhand
Tomasz Fabiszewski



Polnische Treuhand

Appell an die Politiker der CDU/CSU- Fraktion

In der Pressemitteilung vom 31.01.2006, die auf der Internetseite www.Pressrelations.de veröffentlicht wurde, können wir folgende Worte lesen:

„CDU und CSU unterstützen sowohl die von der Stiftung geplante Ausstellung, die im August in Berlin gezeigt werden wird, als auch die Errichtung eines 'Zentrums gegen Vertreibungen' in Berlin als einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung unserer gemeinsamen europäischen Geschichte und als einen wichtigen Beitrag zu Verständigung und Aussöhnung.“

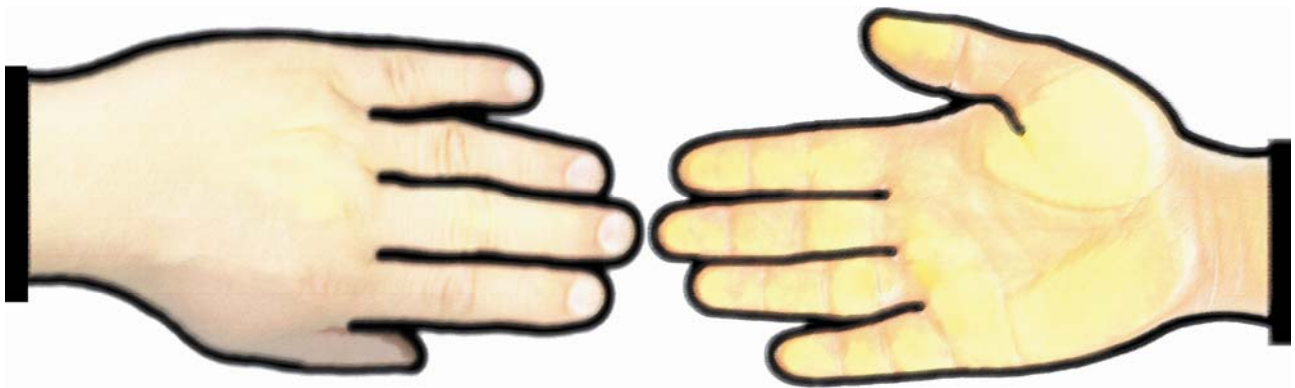
Dies ist ein Satz, der uns ins Staunen versetzt, macht uns Angst und schockiert die öffentliche Meinung in Polen. Bis jetzt haben wir die Situation so verstanden, dass die CDU/CSU sich deutlich von den Ideen deutscher Nationalisten, die für das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin sind, abgesondert haben. Wir haben es auch so verstanden, dass in dem Koalitionsvertrag CDU/CSU/SPD von dem sichtbaren „Zeichen des Gedenkens“ gesprochen wurde, das mit dem Zentrum von Erika Steinbach nicht identisch sein sollte.

In diesem Kontext möchten wir eine Frage stellen, ob die

Politiker der CDU/CSU das Zentrum gegen Vertreibungen als dieses sichtbare „Zeichen des Gedenkens“ verstehen?

Wenn es wirklich so wäre, dann möchten wir ganz deutlich sagen, dass die deutsch-polnischen Beziehungen sich in einem sehr gefährlichen Punkt befinden und die Verantwortung dafür tragen die Deutschen.

Im Namen unserer gemeinsamen Zukunft appellieren wir an die Politiker der CDU/CSU und bitten, stoppt all die Maßnahmen, die in Polen heftige Proteste hervorrufen können!!!



Polnische Treuhand

Was schulden wir euch?



Eine Polin, die ihre während des Angriffs der Luftwaffe auf die Zivilkolonne der Flüchtlinge getötete Schwester beweint.